

Kreispolitik von unten - sozial, solidarisch und ökologisch!

Programm zur Wahl des Kreistages am 25. Mai 2014

Zur Kreistagswahl 25. Mai 2014: DIE LINKE Kreis Esslingen legt mit diesem Papier den Entwurf für ein Kreistagswahlprogramm vor. Dies soll auf der Kreismitgliederversammlung am 1. März 2014 verabschiedet und dann zur öffentlichen Diskussion vorgestellt werden

Dieses Papier soll auch dazu dienen, dass sich nicht nur Parteimitglieder orientieren können, welche Inhalte in etwa sie vertreten sollten, wenn sie sich zu einer Kandidatur auf der Liste der Linken zum Kreistag bereit erklären. Einen lebenswerten und nachhaltigen Landkreis Esslingen durch eine soziale, solidarische und ökologische Kreispolitik – dafür wird sich DIE LINKE im Kreistag einsetzen.

Das bedeutet in erster Linie, die neoliberale Standortlogik zu überwinden, die Regionen, Kreise, Kommunen und Menschen in Konkurrenz zueinander definiert und wirtschaftlichen „Zwängen“ unterordnet.

DIE LINKE will stattdessen gemeinsam mit allen im Landkreis lebenden und hier arbeitenden Menschen eine Politik diskutieren, entwickeln und umsetzen, die möglichst vielen Menschen dient und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert.

Soziale, solidarische und ökologische Politik ist immer auch Politik für soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Eine Politik die für gerechten Ausgleich zwischen allen Menschen eintritt und die Berücksichtigung der Folgen heutiger Entscheidungen auf künftige Generationen zum Maßstab verantwortungsbewusster Politik macht.

DIE LINKE fordert gerade auch die hier lebenden Menschen ohne Wahlberechtigung auf, an der Entwicklung unserer Politik mitzuarbeiten. Wir laden alle interessierten Menschen zur Mitarbeit ein – unabhängig von Wahlberechtigung und Parteimitgliedschaft.

Die LINKE setzt sich für den ganzen Menschen ein und fordert für ihn die soziale Teilhabe am Leben. Wir setzen uns für volle Partizipation und Transparenz am Entscheidungsprozess ein und helfen so mit, auch Korruption und Vetternwirtschaft weiter einzudämmen. Teilhabe am sozialen Leben bedeutet für uns aber auch, dass jede Bürgerin und jeder Bürger finanziell so viel zum Leben hat, dass davon askömmlich gelebt werden kann. Dies bedeutet für uns, dass (Weiter-)Bildung, der Zugang zu kulturellen Veranstaltungen und Museen und Mobilität für jede Einwohnerin erschwinglich sein muss.

DIE LINKE lädt alle ein, das kommunale Umfeld aktiv mitzugestalten und sich einzubringen, denn Teilhabe, interkultureller Austausch und politische Mitgestaltung passieren nicht von selbst, sondern müssen von allen für alle ermöglicht und umgesetzt werden. Jede Partei ist nur so gut wie ihre Mitglieder, wir laden deshalb ein, die Veränderungen aktiv mitzugestalten und sich einzubringen, denn niemand kann die Interessen besser vertreten als man selbst.

Die Linke steht für soziale Gerechtigkeit

Linke Kommunalpolitik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Wir treten ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und wollen eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Die Kommunen müssen über Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst bestimmen können. Sie dürfen ihre Entscheidungskompetenz dazu nicht an privatwirtschaftlich organisierte Interessensgruppen abgeben. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung kann nur dann soziale Realität sein, wenn die Kommunen auch selbst wirtschaftlich tätig sind und sie Bereiche, die demokratischer und öffentlicher Einflussnahme zugänglich sind, erhalten und ausbauen.

Armut bekämpfen - Soziale Fragen in den Mittelpunkt

Unser besonderes Augenmerk gilt allen Menschen, die durch Armut in Not geraten sind oder Ausgrenzung erfahren. Darunter fallen Erwerbslose, Flüchtlinge, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Wohnungslose und viele andere Menschen, denen die gesellschaftliche Teilhabe erschwert wird. Für sie sind wir ein regelmäßiger Ansprechpartner. Ihre soziale Integration wollen wir erreichen. Deshalb fordern wir

- **Sozialberatung:** den bedarfsgerechten Ausbau von sanktionsfreier Sozialberatung,
- **Sozialarbeit:** höhere Zuschüsse und tarifgerechte Entlohnung in Vereinen und Verbänden, die in der Sozialarbeit tätig sind,
- **Flüchtlinge:** eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und ihre sofortige Integration in das kommunale Leben,
- **Sozialtarife** z.B. bei Eintrittsgeldern zu öffentlichen Einrichtungen,
- **Inklusion:** Es soll kommunale Aktionspläne für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen geben und Inklusionsbeauftragte aus den Reihen der Betroffenen eingesetzt werden, Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde von der Bundesregierung unterzeichnet. Daraus ergibt sich für den Landkreis die Pflicht, Inklusion umzusetzen. So müssen z.B. Schulbegleiter für Kinder mit Behinderung finanziert werden, damit diese Regelschulen besuchen können. Eltern müssen informiert werden, welche Möglichkeiten für ihre behinderten Kinder bestehen, damit Inklusion verwirklicht werden kann. Schulbegleiter sind notwendig und müssen - ohne bürokratische Hürden aufzubauen - so lange vom Landkreis finanziert werden, bis das Land seine Hausaufgaben macht und die Inklusion ins Schulgesetz aufnimmt. Inklusion ermöglicht solidarisches gemeinsames Lernen und „nützt“ daher nicht nur den Menschen mit Behinderung sondern allen. Für DIE LINKE war die Durchsetzung der Inklusion ein zentraler Punkt in der vergangenen Wahlperiode.
- **Barrierefreiheit:** Alle öffentlichen Gebäude sollen barrierefrei ausgebaut werden. Der Kreis soll einen hauptamtlichen unabhängigen Behindertenvertreter einstellen, der regelmäßig Vorschläge für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung macht und Maßnahmen für die Betroffenen ausarbeitet sowie Beratungen und Hilfestellungen organisiert.
- **regelmäßige Besuche aller Fraktionen** z.B. in Flüchtlingsheimen und anderen sozialen Einrichtungen, damit Politiker im Gespräch mit den betroffenen Menschen deren Probleme unmittelbar kennenlernen,
- **Arbeitsmigrantinnen und Migranten** wollen wir vor unmenschlicher Ausbeutung und rassistischer Hetze schützen. Auch in kommunalen Einrichtungen muss gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
- **Jugendhilfe:** Wir fordern den Ausbau von Jugendhilfeeinrichtungen, individuellen Hilfen und mehr Unterstützung für selbstbestimmte Lebensformen.
- **Frauenhäuser:** Der Kreis Esslingen besitzt 3 Frauenhäuser, die tagessatzfinanziert sind. Die Beratung zahlen einige wenige Städte. Wir fordern, dass die Finanzierung vom Kreistag übernommen wird, da der gesamte Kreis das Angebot nützt.
- **Kostenloses WLAN :** In allen öffentlichen Gebäuden soll ein für die Besucher kostenlos zu nutzendes WLAN eingerichtet werden.
- **Das Grundrecht auf Asyl** darf nicht nur Lippenbekenntnis sein, es muss auch im Landkreis umgesetzt werden. Notwendig ist – und dafür wird sich DIE LINKE einsetzen - eine menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber und hauptamtliche und ehrenamtliche Unterstützung in allen Fragen. Die Kreisverwaltung muss ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken um die Akzeptanz für die Aufnahme von Flüchtlingen zu erhöhen. Mit aller Entschiedenheit wird die LINKE fremdenfeindlichen oder gar rechtsradikalen Aktivitäten gegen Asylbewerber entgegenwirken.

Gesundheit und Pflege

Notwendig ist eine ausreichende Finanzierung von Krankenhausinvestitionen aus der öffentlichen Hand, hier ist in erster Linie das Land gefordert. Eine Gesundheitspolitik, die im neoliberalen Sinne aus kranken Menschen Fallzahlen und Fallpauschalen macht und damit diese zur Ware degradiert, ist verfehlt. Krankenhäuser dürfen nicht auf profitorientiertes Wirtschaften – so wie es die Gesundheitsreform wollte – ausgerichtet werden. Maßgeblich ist allein der Nachweis der Effizienz der Krankenhäuser.

Falsch und überstürzt war die Schließung von Klinikstandorten, bevor das Gutachten über die Klinikstruktur im Landkreis vorlag.

Die LINKE wird sich auch in Zukunft einer Privatisierung der Kreiskliniken widersetzen. Die statistischen Zahlen belegen, dass Privatisierung auch eine Reduzierung der Betten und damit der Grundversorgung bedeutet. Eine Privatisierung bedeutet auch eine Verschlechterung der Patientenversorgung und der Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Dies gilt auch für Teilprivatisierungen! Die Organisation des Gesundheitswesens ist eine öffentliche Aufgabe. Das Gesundheitswesen darf nicht zum Markt, Gesundheit und Krankheit nicht zu Waren werden.

Die Privatisierung von Krankenhäusern ist nicht nur wirtschaftlich und politisch ein Desaster, sondern auch fachlich. Nebeneffekt einer Privatisierung von z.B. Krankenhäusern ist aber auch, dass niedergelassene Ärzte in das Krankenhaus-System zentralisiert werden sollen. DIE LINKE steht indes für das Gegenteil: Förderung von dezentralen Gemeinschaftspraxen (Polikliniken).

Pflegestützpunkte - Ort der Begegnung

Wir wollen, dass flächendeckend Pflegestützpunkte im Landkreis eingerichtet werden. Bei Pflegestützpunkten finden Angehörige pflegebedürftig gewordener Familienmitglieder unbürokratisch Rat und Hilfe. Die zu Pflegenden können in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und die pflegenden Familienangehörigen können unterstützt werden.

Bildungsauftrag umsetzen - Schulessen kostenfrei

Gesunde Verpflegung mit Hauptamtlichen ist dringend erforderlich. Die öffentlichen Schulen müssen Beispiel und Vorbild sein für gesunde Ernährung mit ökologischen und regionalen Lebensmitteln.

Lernmittelfreiheit gilt nicht nur für Schulbücher sondern auch für Ausgaben wie Fotokopien, Fahrkosten und gesundes Mittagessen.

Wirtschaftsförderung

Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge

DIE LINKE sagt klar Nein zur Privatisierung.

Die Versorgungsbereiche Wasser, Abwasser, Strom, Gas, Müllentsorgung, Krankenhäuser und der öffentlichen Nahverkehrs dürfen nicht privatisiert werden. Sie unterliegen nicht den für die Privatwirtschaft geltenden Effizienzkriterien. Dort wo bereits privatisiert wurde, sind alle Möglichkeiten einer Rekommunalisierung auszunutzen. Der seinerzeitige Verkauf der Aktien der damaligen Neckarwerke war nach Ansicht der LINKEN eine wahrhaft kapitale Fehlentscheidung. Privatisierte Unternehmen entgleiten einer demokratischen Kontrolle.

Die Müllentsorgung im Landkreis und durch den Landkreis zeigt, dass kommunale Unternehmen, erfolgreich arbeiten und die Gebühren auf lange Sicht senken können. Dies gilt allerdings nur so lange, bis die landkreiseigene Müllentsorgung keine „Müllberge“ wegen Stuttgart 21 „entsorgen“ muss. Denn dann würden neue Flächen für den Aushub notwendig, was dann die Kreisbevölkerung über die steigenden Gebühren mitfinanzieren müsste.

Der Neubau und der Betrieb von öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden durch PPP – Private-Public-Partnership zeigt nur vordergründig in den ersten Jahren eine Kostenentlastung für die Kommunen und für den Landkreis durch Billigstandards.

Die wahren Kosten werden jedoch auf nachfolgende Generationen abgewälzt. Mit PPP gibt der Staat wesentlich mehr aus, als er nach traditioneller Weise tun würde. Davor warnten die Präsidenten der Rechnungshöfe eindringlich: „Bei PPP-Projekten treten andere laufende Ausgaben an die Stelle von Zins- und Tilgungslasten und belasten künftige Haushalte in gleicher Weise“. Hinzu tritt, dass bei PPP-Billigstbauten, Ausstattung mit Mindeststandard und nur allernotwendigsten Instandhaltungsmaßnahmen die Nachhaltigkeit auf der Strecke bleibt, die dann später mit immensem finanziellen Aufwand von der öffentlichen Hand wiederhergestellt werden muss. Denn: verantwortlich für eine funktionierende Daseinsvorsorge ist letztlich nicht der Private, sondern der Staat. Bei PPP haben private Finanzjongleure vollkommen risikolos mit den Kommunen einen ewig potenten Kunden erhalten, dazu mit kostenfreier staatlicher Rückversicherung: dem Bürger als Steuerschuldner. Über diese Form der „Gesundung öffentlicher Haushalte“ erkrankt bzw. verarmt die Gemeinschaft, Finanzakteure eignen sich zu Schleuderpreisen den öffentlichen Reichtum an.

PPP verachtet die Demokratie:

Was viele Mandatsträger nicht wissen (wollen), ist das eigentlich Atemberaubende: die politischen Beschlussgremien besiegeln Verträge, die sie nicht kennen und nicht kennen dürfen. Das private Hausrecht tritt an die Stelle des öffentlichen Rechts. Juristische Personen beanspruchen das Recht auf Schutz der Privatsphäre, das einst nur dem Staatsbürger zustand. Unter Hinweis auf Betriebsgeheimnis und Schweigepflicht sollen Geldflüsse und interne Effizienzgewinne geheim bleiben, so dass Mandatsträger nur noch zu Claqueuren degradiert werden. Die Linke ist strikt gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA. Es untergräbt alle bisherigen demokratischen, sozialen und ökologischen Errungenschaften.

Arbeit und Gewerbe

Der Landkreis Esslingen verfügt in der Region Stuttgart über das größte Angebot an Gewerbeflächen nämlich etwa einem Drittel des Gesamtangebots!

Neue Arbeitsplätze entstehen nicht aus neu gegründeten Firmen, sondern zu 90 % aus dem vorhandenen Bestand durch Entwicklung neuer Produkte. Dazu wird ein flankierendes Bildungssystem benötigt, das integriert und nicht ausgrenzt. Die Ressource „Bildung“ wird zu einem wichtigen Faktor. Daher sollte eine aktive Förderung der Weiterbildung in Kooperation mit den Berufs- und Fachhochschulen angestrebt werden. In unserer Region ging die Zahl der Arbeitsplätze in der Produktion

um 26 % zurück nicht etwa wegen Globalisierung oder Auslagerungen, sondern durch Produktivitätsfortschritt.

Was fehlt, ist eine systematische Untersuchung der Struktur des vorhandenen Gewerbes. Es müssen Lücken in der Wertschöpfungskette gesucht werden; um diese zu schließen, können dann gezielt Zulieferbetriebe angeworben werden.

Kreis und Region benötigt zudem ein funktionierendes Krisenmanagement. Ist ein Betrieb erst einmal verlagert, so wird er nicht mehr zurück kommen. Bei Sanierungsfällen sind Kommunen und Kreis gefragt, günstige Kredite über die Sparkassen zu vermitteln, falls nötig als Bürge einzuspringen, aber auch eine Beteiligung am Sanierungsbetrieb kann helfen.

Viele Kommunen und auch der Landkreis beschäftigen sog. Ein-Euro-Jobber. Hierbei werden oft hochqualifizierte Menschen ohne Entrichtung von Sozialbeiträgen als billige Arbeitskräfte missbraucht, die Betroffenen können keine Altersversorgung aufbauen und fallen am Ende des Erwerbslebens dann doch der Allgemeinheit zur Last. Dieser Zustand ist untragbar.

Vielmehr müsste im Non-Profit-Bereich ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor aufgebaut werden, der sinnvolle Beschäftigung (z.B. medizintechnische Anlagen für Entwicklungsländer instand setzen, Pflegebereich) bei vollem Lohn und unter Entrichtung aller Sozialabgaben bereithält, der auch für schwer vermittelbare Jugendliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Für die Nahversorgung der Bevölkerung sind genossenschaftliche organisierte Lebensmittelläden zu unterstützen.

Nahversorgung

Zunehmend gibt es im Landkreis Probleme mit der Nahversorgung der Bevölkerung. Viele Gemeinden stehen vor der großen Herausforderung für die lokale und insbesondere alternde Bevölkerung, die Nahversorgung vor Ort sicherzustellen, um der Abwanderung entgegenzuwirken, Kaufkraft vor Ort zu binden und das Gewerbesteueraufkommen zu sichern. Sie sind dabei besonders erpressbar durch die dominierenden Lebensmitteldiscounter, die für ihre Unternehmungen zur Bedingung machen, dass ihnen autogerechte Standorte auf der grünen Wiese mit großen Parkplätzen und sehr große Verkaufsflächen von 800 qm und mehr zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Ansiedlung von Discountern werden nicht nur vor Ort kleine Läden, Metzger oder Bäcker verdrängt, sondern oftmals auch Händler und Filialisten in umliegenden Gemeinden in wirtschaftliche Nöte gebracht. Durch die Verlagerung von Kundenströmen an die Randlagen müssen oftmals die Ortszentren um ihre Existenz bangen.

Sicherstellung der Nahversorgung durch Genossenschaften

Das Genossenschaftswesen hat eine lange Tradition in der deutschen Geschichte. Für kleine Gemeinden, aber auch für Randbezirke der Mittelzentren könnten Genossenschaftsläden eine echte Alternative zu den großen Discountern sein, um Ortskerne zu revitalisieren, die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs und das Prinzip der kurzen Wege sicherzustellen.

Der Landkreis richtet in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung eine Fachtagung zum Thema Sicherstellung der Nahversorgung in Kommunen durch Genossenschaftsläden aus. Bestehende Modelle wie in Unterensingen oder Nürtingen-Rossdorf und andernorts, aber auch die Bemühungen von ehemaligen Schlecker-Beschäftigten unter Mithilfe der Gewerkschaft Ver.di, geschlossene Filialen mit günstiger Lage in ein Nachbarschaftsladennetzwerk zu überführen, sollen dabei Berücksichtigung finden.

Vielfach sind Genossenschaftsläden auch Katalysatoren für bürgerschaftliches Engagement, und bündeln zusätzlich Beratungsleistungen oder haushaltsnahe Dienstleistungen am Ort.

Verkehr: Vorrang dem Ausbau von Bus und Bahn

Keine 2. Startbahn auf den Fildern, weg mit Stuttgart 21

Der Kreisverband DIE LINKE spricht sich unmissverständlich gegen den Bau einer zweiten Startbahn auf den Fildern und gegen das Prestigeobjekt Stuttgart 21 aus. Der Zuständigkeit halber verweisen wir auf unsere Argumente in „Unsere Positionen zur Region Stuttgart“. Die durch Stuttgart 21 notwendige Trasse Wendlingen – Ulm lehnen wir ab. Diese Trasse zerstört Ackerland, sie wird den Lärm im Kreis verstärken und keine qualitative Verbesserung des Schienenverkehrs bringen. Auch können auf dieser Trasse keine Güterzüge fahren.

Fluglärmaktionsplan

Zum Schutz der Bevölkerung fordern wir Steilstarts der Flugzeuge, weil sie weniger Lärm verursachen. Es dürfen nur lärmschutzoptimierte Flugzeuge (Chapter 4) am Flughafen Echterdingen starten und landen, die Flugrouten sind bez. Überflug von bewohnten Gebieten zu optimieren. Das Nachtstartverbot muss erhalten bleiben.

Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr im Kreis

DIE LINKE will für die bessere Mobilität von Geringverdienern ein verbilligtes Ticket für den Landkreis einführen. Vorbild ist die LINKE im Landkreis, die seit 2010 Anträge stellte. Dieses Sozialticket soll auf den gesamten VVS-Bereich ausgedehnt werden. Zusätzlich ist es notwendig, die VVS-Tarifzonen in den Landkreisen zu reduzieren, damit die ÖPNV-Nutzer des Landkreises kostengünstiger Busse und Züge nutzen können.

Ausbau des öffentliche Nahverkehrs

Es ist dringende Aufgabe für die nahe Zukunft, die Fildern und die überlastete B27 zu entlasten. Hierbei muss planerisch über den Tellerrand von Kreis- und Regionsgrenzen hinausgeblickt werden. Wir stehen ein für eine Ergänzung des Sternverkehr durch einen leistungsfähigen Ringverkehr um Stuttgart.

DIE LINKE schlägt folgende Projekte vor:

- S-Bahn-Ring um Stuttgart: Verlängerung von Bernhausen - Neuhausen (beschlossen) - Wendlingen auf eigener Trasse
- S21 Gäubahn: Kein Mischverkehr auf der S-Bahn-Trasse Vaihingen - Flughafen
- DIE LINKE tritt dafür ein, dass die S-Bahn über Bernhausen, Aichtal, Waldorfhäslach, Pliezhausen, Kusterdingen bis Tübingen (entlang der B27 bzw. auf der bestehenden Bahntrasse) fortgesetzt wird.
- S-Bahn Stuttgart – Kirchheim / Nürtingen alternativ Notwendig ist eine Verlängerung der S1 über Kirchheim hinaus bis ins Lenninger Tal - die Gleise sind vorhanden mit der Option einer Streckenführung über Weilheim, Bad Boll nach Göppingen.
- Ebenso sollte die "Tälesbahn" von Neuffen über Nürtingen hinaus bis Wendlingen verlängert werden, um einen direkten Anschluss an die S1 nach Stuttgart zu erhalten

Überörtliche Busverkehre

Für die Busverkehre im Landkreis sind Qualitäts- und Sozialstandards notwendig. Nutzung moderner Fahrzeugtechnik: Klimaanlage oder Echtzeitanzeige des Haltestellenverlaufs sind notwendig. Es dürfen nur Busse mit Niederflurtechnik eingesetzt werden. Verbindlich müssen Haltestellenansagen erfolgen. Zeitlich unbeschränkt muss die Fahrradmitnahme möglich sein, damit der ÖPNV zu einer vollwertigen Alternative zum motorisierten Individualverkehr wird. Schließlich müssen die Fahrpläne verdichtet werden, dies gilt vor allem an den Wochenenden. Kommunale Zweckverbände zur Abdeckung von Nacht- und Wochenendzeiten sind zu fördern. Für den künftigen zentralen Busbahnhof am Flughafen Stuttgart müssen zusätzliche Informations- Hilfsangebote in mehreren Sprachen durch den Landkreis bereitgestellt werden. Wenn Stuttgart 21 endgültig eingestellt wird, soll der zentrale Busbahnhof wieder zurück zum Stuttgarter Hauptbahnhof verlegt werden.

Sozialökologischer Umbau - Für eine nachhaltige Umweltpolitik

Die notwendige Energiewende hin zu erneuerbaren Energien – weg von der Atom- und Kohlewirtschaft – darf nicht länger aufgeschoben werden. Sie erfordert auch auf der kommunalen Ebene alle Kraftanstrengungen. Die Energiewende muss sozialverträglich sein und eingebettet in eine umweltgerechte Stadtentwicklung. Das sind große Herausforderungen. Die LINKE setzt sich in den Gemeinderäten und Kreistagen ein:

- **Ausbau der Windenergiegewinnung:** Bei der Windkraft trägt der Südwesten durch eine jahrzehntelange Verhinderungsplanung mit weniger als einem Prozent an der Energieerzeugung auch drei Jahre nach dem Regierungswechsel die rote Laterne im Vergleich der Flächenländer. Gegenwärtig wird intensiv über die Teiländerung des Regionalplans für die Windenergievorrangflächen beraten. Dazu wurden Kommunen, Träger öffentlicher Belange und vor allem die Menschen vor Ort in einen Beteiligungsprozess eingebunden. Für DIE LINKE ist klar: Die Windenergie wird einen großen Beitrag dazu leisten, dem Klimawandel zu begegnen, die Importabhängigkeit fossiler Energie zu mindern und ökologische Wertschöpfung in die Region zu bringen. Die LINKE wird sich im Kreistag dafür einsetzen, dass die maximal zusätzliche Fläche gemäß der Vorgaben der Landesregierung für Vorranggebiete und den noch ausstehenden Erkenntnissen aus der Artenschutzbegutachtung ausgewiesen wird. Fazit: Mehr Kleinanlagen sind weniger Großanlagen vorzuziehen.
- **Genmaisfreie Zone:** Wie bereits andere Landkreise (Ostalb, Main-Tauber) und Kommunen (Schlaitdorf, Wendlingen u.a.) soll auch der Landkreis Esslingen beschließen, dass er sich gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Kreisgebiet ausspricht. Auf Kreiseigentum entfaltet dies unmittelbare Wirkung, bei Pachtverhältnissen kann ein Verbot vereinbart werden. Durch genmanipulierte Pflanzen wird nicht nur die Artenvielfalt in Flora und Fauna ohne Abwehrmöglichkeiten beeinträchtigt sondern auch massive wirtschaftliche Abhängigkeiten zu den Saatgutproduzenten geschaffen.
- **Wasserstofftankstellen** in der Hand des Kreises Wir schlagen vor, dass der Landkreis jährlich eine Wasserstoff -Tankstelle aufbaut. Dies ist eine Investition in Zukunftstechnologie, die am besten in öffentlicher Hand entwickelt wird. Der Landkreis bietet somit auch ein zukunftsfähiges Beispiel, welches den regionalen Automobilhersteller Daimler bei seinem Umstieg auf die e-cell- Technologie unterstützt. Die Wasserstoff-Gewinnung könnte mithilfe von Windrädern stattfinden und der Produktion von Wasserstoff durch Elektrolyse (PowerToGas).
- **Recyclingsystem des Landkreises** Wir halten das Recyclingsystem des Esslinger Landkreises für vorbildlich und werden den Kreis in seiner Arbeit weiterhin unterstützen, wenn es darum geht, sich gegen jede Form der Privatisierung zu widersetzen. In der mit der Energiewirtschaft heute eng verflochtenen Abfallwirtschaft dürfen aber nicht die profitträchtigen Bereiche „privatisiert“ werden, während die defizitären Bereiche Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben. Solchen derzeit aktuellen Bestrebungen treten wir entgegen.

Mehr Demokratie wagen

Gläserne Rathäuser – Demokratie und Bürgerrechte stärken

Die demokratischen Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten für alle Einwohner müssen ausgebaut werden. Die Entscheidungen von Gemeinderäten und Kreistagen müssen transparenter werden. Sie werden zunehmend über die Köpfe der Bürgerschaft hinweg in geheim tagende Gremien verlagert. Befugnisse der kommunalen Selbstverwaltung dürfen nicht an Geschäftsführungen und geheim tagende Aufsichtsräte von Wirtschaftsbetrieben delegiert werden. Die Geschäftspolitik von kommunalen Unternehmen muss transparent sein. Der Bürgerschaft müssen alle Informationen von öffentlichem Interesse zugänglich sein, außer es handelt sich um rechtlich geschützte personenbezogene Daten. Mehr Demokratie heißt: Beteiligungsprozesse auch außerhalb von Wahlen zu organisieren. Und es müssen auch die Interessen von Menschen einbezogen werden, die sich wenig oder gar nicht an bürgerschaftlichen Prozessen beteiligen können.

Soziale Gerechtigkeit ist nur in einer freien Gesellschaft erreichbar, in der Menschen nicht mehr von politischen Entscheidungsprozessen fern gehalten werden, sondern sie Möglichkeiten zur Mitbestimmung erhalten. Deshalb fordern wir.:

- **Kreistagssitzungen** sollen für die Bürger interessanter werden, so dass über verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die Bürger des Landkreises motiviert werden, an Sitzungen und Entscheidungsprozessen teilzunehmen,
- **Offenheit** für die Durchführung von Bürgerentscheiden über wichtige Sachfragen. Es geht nicht, dass viele Bürgermeister Rechtsanwälte gegen die eigene Bevölkerung beauftragen, um beantragte Bürgerentscheide zu verhindern.
- **Transparenz und Offenheit** bei allen Entscheidungen: Die Unterlagen und Protokolle von Gemeinderatssitzungen und Kreistagen müssen frei verfügbar sein.; Die Sitzungen sollten im Internet übertragen und dokumentiert werden. Die Unsitte nicht-öffentlicher Sitzungen muss zurückgedrängt werden.
- **Gebührenfreie Akteneinsicht** für alle Bürger.
- **Kostenlose Nutzungsmöglichkeit** von Versammlungsräumen der Gemeinde für örtliche Vereine, Bürgerinitiativen und andere Gruppen, die sich aktiv in den demokratischen Prozess mit einbringen wollen;
- **Inklusion:** z.B. Bereitstellung von Gebärdendolmetscherinnen bei Bürgerversammlungen.
- **Direktwahl der Landräte** (entsprechend den Oberbürgermeistern).
- **Einbeziehung und Integration** auch von Einwohnern mit Migrationshintergrund in kommunale Entscheidungen.
- **Kommunales Wahlrecht** für alle Einwohnerinnen und Einwohner, die hier leben.
- **Rassismus und Neofaschismus entgegentreten.** Der Kreis Esslingen muss Teil antifaschistischer Bündnisse sein.